



## Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 30.05.2018:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken, *dan-news*, *lug-info* sowie *ukrinform*, *tass*, *sputnik* und *ria.ru*

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Lug-info.com: Erklärung des Außenministers der LVR Wladislaw Dejnego:

In einem Kommentar gegenüber Journalisten in den Korridoren des UN-Hauptquartiers zu einer Erklärung des Außenministers der RF Sergej Lawrow hat sein, mit Verlaub gesagt, ukrainischer Kollege Pawel Klimkin im Vorübergehen die Zurückweisung des Protokolls, das am 5. September 2014 von der Kontaktgruppe in Minsk unterzeichnet wurde und das dem Minsker Prozess der Regelung des Konflikts im Donbass zugrunde liegt, durch die ukrainische Seite erklärt.

Heißt das, dass die Ukraine offiziell ihren Rückzug aus den Minsker Vereinbarungen erklärt? Oder wie anders kann man den Satz Klimkins „Und welchen zusätzlichen Status brauchen die Besatzungsverwaltungen und besetzten Territorien?“ interpretieren (3. Punkt des erwähnten Protokolls: „Durchführung einer Dezentralisierung der Staatsmacht unter anderem durch die Annahme eines Gesetzes der Ukraine „Über eine vorläufige Ordnung eines örtlichen Selbstverwaltung in den einzelnen Gebieten der Donezker und Lugansker Oblaste (Gesetz über einen besonderen Status)“)? Denn diese vom „Leiter der Außenpolitik der Ukraine“ erklärte Position ist eine Errungenschaft der Transparenz...

Keineswegs. Minsk war und bleibt der einzige offizielle Verhandlungsort. Und die Sache liegt nicht im Wunsch der Ukraine, sich offiziell von ihren Unterschriften zurückzuziehen. Hätten sie die Kühnheit, hätten sie sich schon lange zurückgezogen. Aber die „Herren“ erlauben es nicht. Die Sache ist die, dass bei der Erwägung der Perspektiven der Lösung des Konflikts die obersten Persönlichkeiten der ukrainischen Diplomatie nicht über eine materielle Basis für den Verhandlungsprozess verfügen. Dies sieht etwas so aus, als wenn ein Blinder die Arbeiten von Künstlern beurteilt, indem er die Form der Rahmen ertastet.

Und wenn es noch so wäre, dass auf diesem besonderen Status nur die Vertreter der Republiken bestehen würden. Aber Frank-Walter Steinmeier kann man schlecht Sympathien für „Separatisten“ unterstellen. Und die bis zum Überdruß im Minsker Verhandlungsprozess genannte Formel mit seinem Namen, die einen Kompromiss bei der Einführung des besonderen Status in den Republiken des Donbass geschaffen hat, wurde von ihm beim Gipfel der „Normannischen Vier“ schon am 2. Oktober 2016 vorgeschlagen.

Und deswegen wird der Prozess der friedlichen Regelung behindert, denn solche „Klimkins“ mischen sich ständig in Dokumente, Begriffe und Beurteilungen im Verlauf der Minsker Verhandlungen ein. Sie sehen bleich und mutlos aus. Bis hin zur Verwendung absolut nicht diplomatischer Ausdrücke in Richtung der Gesprächspartner, was auch dazu geführt hat, dass der derzeitige hauptsächliche Vertreter der Ukraine in der politischen Untergruppe aus der nächsten Verhandlungsrunde entfernt wurde.

Aber „Schau den Dingen auf den Grund“, wie Kosma Prutkow sagte. Wenn die Ukraine den Konflikt im Donbass real lösen wollte, wäre jedem „Weichensteller“ eine offiziell formulierte

Positionen zugestellt worden und ihr unbegabtester Vertreter in Minsk würde einen brauchbaren Eindruck machen.

Dnr-online.ru: Während der Sitzung der Kontaktgruppe in Minsk haben Vertreter der DVR und der LVR die Frage des Gefangenenaustauschs aufgeworfen.

„Den Republiken ist es nicht gelungen, eine positive Antwort der ukrainischen Seite auf den Vorschlag des Austausches aller festgestellten Personen, die auf dem Territorium der Ukraine festgehalten werden, gegen alle festgestellten Personen, die auf dem Territorium der Republiken gefangen gehalten werden, zu erlangen.

Außerdem wurde kein Einvernehmen über die Unterzeichnung einer Deklaration über ein Verbot von Folter gegenüber Gefangenen durch die Seiten erreicht. Wir erinnern daran, dass die ukrainische Seite über vier Sitzungen hinweg Ursachen sucht, dem Text der Deklaration, in dem sich die Konfliktseite verpflichten würdige Haftbedingungen für die Gefangenen zu gewährleisten, darunter auch medizinische Behandlung zu gewährleisten, nicht zuzustimmen.

Leider ist das Verzögern des Verhandlungsprozesses in der humanitären Untergruppe in erster Linie durch das ständige Fehlen von ukrainischen Verhandlern, die bevollmächtigt sind, Entscheidungen zu treffen und einen Dialog zu führen, zu erklären“, teilte eine Quelle bei den Verhandlungen der Kontaktgruppe in Minsk mit.

Lug-info.com: „Bei der Erörterung der Frage des Austauschs von festgehaltenen Personen versucht die Ukraine wieder das Gespräch auf den Austausch „politischer Gefangener“ mit Russland zu lenken statt diese Fragen mit den Vertretern der Republiken zu erörtern. Außerdem wird auch versucht, die RF in die Lösung der Frage der Suche von Vermissten (im Verlauf des Konflikts im Donbass) hereinzuziehen“, berichtete die Vertreterin der LVR in der humanitären Untergruppe Olga Kobzewa.

Wegen der Positionen der Vertreter Kiews ist die Frage der Rückgabe der Dokumente und die Feststellung des prozessualen Status der Freigelassenen vollständig blockiert.

Bei der Frage des Wiederaufbaus der Brücke bei Staniza Luganskaja weichen die Vertreter Kiews einer Vereinbarung mit der LVR aus und versuchen ihre Position aufzudrängen.

Die Vertreterin Kiews Geraschtschenko hat sich wie immer verspätet, beherrscht die Situation im Verhandlungsprozess nicht, und ihre Erklärungen in Facebook sind weit von der realen Erörterung in Minsk entfernt.

Dan-news.info: „Die Kontaktgruppe hat die Arbeit an einem Fahrplan von Maßnahmen für die Wartung des Vodafone-Netzes auf dem Territorium der DVR und der LVR fortgesetzt, den die Republiken auf der letzten Sitzung vorgeschlagen haben. In Bezug auf die Mehrheit der Punkte des Fahrplans haben sich die Vertreter des Mobilfunkoperators positiv geäußert und ihre Zustimmung zusammenzuarbeiten zum Ausdruck gebracht“, teilte die Pressesekretärin des Leiters der Vertretung der DVR bei den Minsker Verhandlungen Denis Puschilin, Wiktorija Talakina mit.

Dan-news.info: Kommentar der Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa zu den Ergebnissen der Sitzung der politischen Untergruppe in Minsk am 30. Mai:

Auf der heutigen Sitzung der politischen Gruppe war nur der zweite Vertreter der Ukraine anwesend, entsprechend waren heute keine Ergebnisse oder irgendwelche Entscheidungen zu erwarten. Während der Diskussion mit der ukrainischen Seite war eine Bestätigung zu hören, dass die Oberste Rada einseitig Modalitäten für örtliche Wahlen in das Gesetz über den besonderen Status des Donbass als Vorbedingungen für das Inkrafttreten des Gesetzes eingefügt hat. Solche Handlungen Kiews sind ein deutliches Beispiel für die Verletzung des Maßnahmekomplexes, der vorschreibt, Entscheidungen in Konsultationen und in Abstimmungen mit den Vertretern der Republiken zu treffen. Während die Vertreter Kiews hartnäckig der Frage des Inkraftsetzens des Gesetzes über einen besonderen Status des Donbass, das die einzig mögliche Grundlage für eine langfristige Regelung des Konflikts ist, ausweichen, bevorzugen sie lautstark ihre Wünsche zur

Wiederherstellung eines einheitlichen Rechtsraums zu äußern.

Mit solchen unerfreulichen Ergebnissen nähern wir uns wieder dem Zeitpunkt des Endes der formalen Gültigkeit des besonderen Status, bis dahin bleiben weniger als fünf Monate. Die ukrainische Regierung muss begreifen, dass es nicht möglich ist, den Konflikt beizulegen, ohne dass beide Seiten dazu den politischen Willen haben. Eine friedliche Regelung kann nicht einseitig sein und hat ohne Entgegenkommen keinen Sinn. Es ist offensichtlich, dass nur gemeinsame Anstrengungen zur Arbeit an einem Kompromissmechanismus der Implementierung eines besonderen Status und eine begleitende Amnestie die Situation in ein konstruktives Gleis bringen können.

Dnr-online.ru: Am 30. Mai 2018 fand eine weitere Sitzung der Arbeitsgruppe zu Fragen der Sicherheit der Kontaktgruppe bei den Verhandlungen in Minsk statt, teilte die Vertretung der DVR im GZKK und im Verhandlungsprozess mit.

„Die Arbeit der Gruppe war auf die Erörterung der von der OSZE-Mission vorgeschlagenen zwei Dokumentwürfe konzentriert, die zusätzliche Maßnahmen zur Kontrolle der Sicherheitssituation sowohl an der Kontaktlinie im ganzen als auch im Gebiet der Donezker Filterstation im besonderen enthalten.

Die Vertreter der Republiken und die russische Delegation haben diese Vorschläge vollständig unterstützt und die Bereitschaft geäußert, beide Dokumente zu unterzeichnen.

Die ukrainische Delegation war mit den vorgeschlagenen Varianten nicht einverstanden, sie hat ihre traditionellen Änderungen eingebracht, die sich auf die Linie vom 19. September 2014 beziehen.

Eine der brennendsten Fragen der Tagesordnung des Treffens blieb die Sabotage der Rahmenvereinbarung für drei Pilotabschnitte zur Trennung von Kräften und Mitteln durch die ukrainische Seite.

Der Koordinator der OSZE-Mission, Botschafter Ertugrul Apakan rief die Seiten auf, konkrete Schritte zur Stabilisierung der Situation an allen drei Abschnitten zu äußern und keinen Rückschritt in den Abschnitten zuzulassen, wo es gelungen ist, ein positives Ergebnis zu erreichen. Er sagte auch, dass die letzte Verletzung des Regimes der Feuereinstellung am Abschnitt zur Trennung von Kräften und Mitteln Nr. 1 „Staniza Luganskaja“ am 22. Mai festgestellt wurde.

Die Vertreter der Republik merkten an, dass dank der zuverlässigen Information der OSZE-Mission, die in den Berichten zum Ausdruck kommt, derzeit festgestellt werden kann, dass die Rahmenvereinbarung an allen drei Abschnitten gebrochen wurde.

Die Mission hat neue Positionen der ukrainischen Streitkräfte am Pilotabschnitt Nr. 3 „Petrowskoje – Bodanowka“ dort festgestellt, wo sie nicht sein dürfen, die Einrichtung neuer Minenfelder innerhalb des Trennungsabschnitts Nr. 2 „Solotoje“, wo diese nicht sein dürfen. Am ersten Abschnitt „Staniza Luganskaja“ hat es nicht den geringsten Fortschritt gegeben.

Der einzig wirksame Schritt zur Rückkehr zur Verwirklichung der Rahmenvereinbarung ist der Abzug der Kräfte und Mittel der ukrainischen Streitkräfte vom Territorium des Trennungsabschnitts und die Liquidierung der neuen Positionen. Andernfalls wird die Republik gezwungen sein, ihre militärischen Kräfte und Mittel auf die Ausgangspositionen vor Beginn der Trennung zurückzuführen.

Leider nutzt die ukrainische Seite wieder vorsätzlich den Verhandlungsraum, um die Weltöffentlichkeit und alle Teilnehmer des Minsker Prozesses in die Irre zu führen und die Versuche den Konflikt mit militärischen Mitteln zu lösen fortzusetzen.

Außerdem nutzt sie die Minsker Vereinbarungen als Druckmechanismus, unter dessen Deckung sie aktiv die Situation in der Kampfzone zuspitzt.

Zum großen Bedauern erfolgen praktisch alle Verletzungen der Minsker Vereinbarungen durch die ukrainische Seite mit vollständiger Nachsicht und Tatenlosigkeit ihrer westlichen Kuratoren, was den nachhaltigen Eindruck hervorruft, dass es irgendwelche anderen, vor der Öffentlichkeit geheimen Vereinbarungen gibt.

Außerdem untergräbt die eine solche Lage der Dinge ernsthaft das Vertrauen normaler friedlicher Bürger in die Minsker Vereinbarungen und in das internationale Recht als Institut zum Schutz der

verletzten Menschenrechte insgesamt.

Zweifelloos wirkt sich das äußerst negativ auf die Reputation, sowohl der OSZE-Mission als auch der Mitgliedsländer des UN-Sicherheitsrats aus, die einstimmig die Resolution gebilligt und den Maßnahmekomplex zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen, der am 12. Februar 2015 angenommen und unterzeichnet wurde, unterstützt haben.

Die Vertreter der Republiken haben über diese erschreckenden Verletzungen durch die ukrainische Seite eine Erklärung abgegeben und die OSZE-Mission und die Garantenstaaten zu aktiven Handlungen aufgerufen“, heißt es in der Erklärung der Vertretung der DVR im GZKK und im Verhandlungsprozess.